

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Otto-von-Guericke-Straße 65 · 39104 Magdeburg

An  
Torsten Hallmann, Matthias Kruppa

Landesverband der Freien Berufe Sachsen-Anhalt e. V.  
Zum Domfelsen 4  
39104 Magdeburg

**Landesverband Sachsen-Anhalt**

**Susan Sziborra-Seidlitz**  
Landesvorsitzende

**Dennis Helmich**  
Landesvorsitzender

Landesgeschäftsstelle  
Otto-von-Guericke-Straße 65  
39104 Magdeburg

Tel.: +49 391 4015 539  
Mail: [info@gruene-lsa.de](mailto:info@gruene-lsa.de)

Magdeburg, 24. April 2026

## ***Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine***

Sehr geehrter Herr Hallmann,  
sehr geehrter Herr Kruppa,

vielen Dank für die Übersendung der Wahlprüfsteine des Landesverbands der Freien Berufe Sachsen-Anhalt. Unsere Antworten lauten wie folgt:

### **1. Bürokratieabbau und digitale Verwaltungsmodernisierung**

#### **Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, Dokumentations-, Melde- und Berichtspflichten sowie Genehmigungsprozesse für freiberuflich Tätige systematisch zu überprüfen, Mehrfacherhebungen zu vermeiden und Verfahren spürbar zu vereinfachen und zu reduzieren?*

**X Ja**  Nein

Dokumentations- und Berichtspflichten wollen wir reduzieren und Verfahren durch klare Zuständigkeiten sowie digitale, medienbruchfreie Prozesse deutlich beschleunigen. Unser Ansatz dazu sind Praxischecks, wie sie auf Bundesebene vom damaligen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck angestoßen wurden. Regelungen werden gemeinsam mit Anwender\*innen im realen Verwaltungsalltag dabei überprüft, um unnötige Doppelprüfungen, widersprüchliche Vorgaben und übermäßige Dokumentationspflichten zu identifizieren. Der Vorgang wird vom Anwendenden nicht von den Paragraphen her aufgerollt. Man prüft nicht nur auf dem Papier, sondern im echten Verwaltungsalltag konkrete einzelne Vorgänge mit den Beteiligten beider Seiten. Genau solche Realitätschecks brauchen wir auch in Sachsen-Anhalt.

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Verwaltungsverfahren in Sachsen-Anhalt vollständig digital, medienbruchfrei und interoperabel umgesetzt werden, einheitliche digitale Standards sowie funktionierende Schnittstellen zwischen Landesbehörden und Kommunen geschaffen werden und die Verfahren nutzerorientiert ausgestaltet sind, ohne zusätzliche Dokumentations- oder Nachweispflichten zu erzeugen?*

**X Ja**  Nein

Wir wollen den digitalen Umbau der Verwaltung deutlich beschleunigen und als Chance für eine effizientere, nutzerorientierte Verwaltung nutzen. Dafür braucht es einheitliche digitale Standards, funktionierende Schnittstellen zwischen Land und Kommunen sowie eine konsequente Vernetzung von Daten und Verfahren. Das Land sollte vor allem funktionierende Digitalverfahren adaptieren und den Kommunen als Dienstleister diese zugänglich machen.

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Bearbeitungszeiten bei Genehmigungen, Zulassungen und Förderverfahren deutlich verkürzt und verbindlich ausgestaltet werden?*

**X Ja**  Nein

Allein schon eine konsequente und sinnige Digitalisierung der Prozesse kann die Bearbeitung bereits verkürzen.

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, Zuständigkeiten, Aufgabenverteilungen und Verfahrensabläufe innerhalb der Landesverwaltung regelmäßig zu überprüfen und zu optimieren, um Doppelstrukturen abzubauen und Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten?*

**X Ja**  Nein

Schon eine konsequente und sinnige Digitalisierung der Prozesse kann die Bearbeitung verkürzen. Zudem sind unser Ansatz dazu die Praxischecks, wie sie auf Bundesebene vom damaligen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck angestoßen wurden. Regelungen werden gemeinsam mit Anwender\*innen im realen Verwaltungsalltag dabei überprüft, um unnötige Doppelprüfungen, widersprüchliche Vorgaben und übermäßige Dokumentationspflichten zu identifizieren. Der Vorgang wird vom Anwendenden nicht von den Paragraphen her aufgerollt. Man prüft nicht nur auf dem Papier, sondern im echten Verwaltungsalltag konkrete einzelne Vorgänge mit den Beteiligten beider Seiten. Genau solche Realitätschecks brauchen wir auch in Sachsen-Anhalt.

## 2. Fachkräfte- und Nachwuchssicherung

### **Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, attraktive Rahmenbedingungen für Ausbildung und Studium in den freien Berufen zu stärken, insbesondere durch den Ausbau praxisnaher Ausbildungsformate und dualer Studiengänge sowie durch Programme zur Nachwuchsgewinnung, Fachkräftebindung und Förderung von Praxis- und Büroübernahmen – insbesondere im ländlichen Raum?*

**X Ja**  Nein

Die generelle Schulgeldfreiheit in allen Ausbildungsberufen ist für uns ein zentrales Ziel, damit der Zugang zu Bildung nicht vom Geldbeutel abhängt. Das gilt insbesondere für schulische Ausbildungen und Gesundheitsberufe, bei denen wir das Schulgeld künftig komplett abschaffen wollen. Darüber hinaus sorgen wir für eine tariflich gebundene Ausbildungsvergütung, um faire Bedingungen für Auszubildende zu sichern.

Der Erhalt und Ausbau rechtskreisübergreifender Jugendberufsagenturen im ganzen Land ist uns ein zentrales Anliegen, um Übergänge von Schule in Ausbildung und Arbeit zuverlässig zu begleiten. Besonders benachteiligte Jugendliche sollen durch stärkere sozialpädagogische Begleitung unterstützt werden, damit sie motiviert bleiben und erfolgreich ins Berufsleben starten können. Wir fördern die Vernetzung von Schulen, Betrieben, Jobcentern und Jugendhilfe, um nahtlose Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Arbeit zu gewährleisten.

Um die Ausbildung in der Fläche attraktiver zu machen, unterstützen wir den Bau von Wohnheimen für Auszubildende nach dem Vorbild klassischer Studierendenwohnheime. Gleichzeitig sichern wir den Erhalt der Berufsschulstandorte im ganzen Land und garantieren, dass in jedem Landkreis mindestens eine Schule bestehen bleibt. Damit junge Menschen in dieser Phase ihres Lebens nicht allein gelassen werden, setzen wir uns zudem für eine feste Stelle der Schulsozialarbeit an jeder Berufsschule ein.

Wir befürworten den grundsätzlichen Ausbau von Angeboten an dualen Studiengängen.

### **Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, Anerkennungs- und Qualifizierungsverfahren für ausländische Fachkräfte zu beschleunigen und praxisnäher auszugestalten sowie den Zugang zu berufsbezogenen Sprachkursen (mindestens bis Niveau B2) zu verbessern, um die Integration in qualifizierte Beschäftigung gezielt zu fördern?*

**X Ja**  Nein

Viele Menschen wollen arbeiten, und der Arbeitsmarkt braucht sie. Deshalb wollen wir Zugänge zu Jobs, Praktika, Qualifizierung und Anerkennungsberatung so früh wie möglich öffnen. Arbeit ist der stärkste Motor für Integration und gleichzeitig ein wertvoller Beitrag für

die gesamte Gesellschaft, weil sie Teilhabe, Selbstständigkeit und wirtschaftliche Stabilität fördert.

Insbesondere die sprachliche Weiterbildung ist der Schlüssel zur Arbeitsmarktintegration für Zugewanderte. Wir stärken deshalb Deutschkurse, auch berufsbegleitend und bieten mehr flexible Sprachlernangebote für Migrant\*innen an, damit Zugewanderte ihr Potential voll entfalten und wir dem Fachkräftemangel hierzulande effektiv entgegenwirken können.

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, Sachsen-Anhalt als Standort für Fachkräfte national und international attraktiver zu machen, insbesondere durch familienfreundliche Lebensbedingungen, gute Wohnraumsituation, hohe Umwelt- und Lebensqualität, wirksame Integrationsangebote sowie eine leistungsfähige Infrastruktur?*

**X Ja**  Nein

Wir müssen Sachsen-Anhalt als modernes, vielfältiges und weltoffen-tolerantes Land sichtbar machen. Kitas, Schulen, Wohnraum und ein freundliches Klima müssen stimmen, denn Fachkräfte bleiben oder kommen dorthin, wo die Lebensqualität stimmt.

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand (z.B. im Sinne einer Aktivrente auch für Selbständige) zu unterstützen, um vorhandene berufliche Erfahrung länger im Arbeitsmarkt zu halten?*

**X Ja**  Nein

Gerade auch angesichts des Fachkräftemangels ist es sinnvoll, freiwillige Weiterarbeit zu erleichtern und attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei ist uns wichtig, dass soziale Absicherung, faire Arbeitsbedingungen und die freie Entscheidung der Betroffenen im Mittelpunkt stehen. Wir sind für flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand, auch für Selbständige und Freiberufler\*innen. Modelle wie eine Aktivrente können dazu beitragen, wertvolle berufliche Erfahrung länger im Arbeitsmarkt zu halten und gleichzeitig individuelle Lebensentwürfe besser zu berücksichtigen.

### **3. Berufsfreiheit, Selbstverwaltung und Kammerwesen**

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufliche Selbstverwaltung der freien Berufe in Sachsen-Anhalt im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und der Maxime „Freiheit in Verantwortung“ zu stärken, ihre Strukturen zu schützen, sie frühzeitig in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihnen mehr Ergebnisverantwortung bei gleichzeitig geringerer staatlicher Detailsteuerung einzuräumen?*

Ja  Nein

Wir stehen zur Selbstverwaltung der freien Berufe als Ausdruck von Verantwortung und fachlicher Expertise.

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei landesrechtlichen Regelungen die Unabhängigkeit freiberuflicher Entscheidungen gewahrt bleibt und staatliche Eingriffe – insbesondere in Berufsausübung und Vergütungsstrukturen – auf das notwendige Maß beschränkt werden?*

Ja  Nein

Freie Berufe tragen besondere Verantwortung gegenüber ihren Patientinnen, Mandantinnen oder Auftraggeber\*innen und benötigen dafür verlässliche und eigenständige Handlungsspielräume. Staatliche Eingriffe wollen wir daher auf das notwendige Maß beschränken und am Gemeinwohl orientieren. Unser Ziel ist ein ausgewogener Rahmen, der Qualität, Transparenz und fairen Wettbewerb sichert, ohne die fachliche Unabhängigkeit und Eigenverantwortung der freien Berufe unnötig einzuschränken.

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass berufliche Vorbehalte und qualifikationsgebundene Tätigkeiten in den freien Berufen gewahrt bleiben und eine Ausweitung von Delegations- oder Substitutionsmöglichkeiten nicht zu einer Aushöhlung fachlicher Verantwortung, Qualitätsstandards und beruflicher Unabhängigkeit führt?*

Ja  Nein **teils/teils**

Grundsätzlich gilt es, Qualitätsstandards zu halten und fortzuentwickeln. Die Selbstverwaltung der freien Berufe leistet dies eigenverantwortlich. Darauf setzen wir auch weiterhin. Wollen diesen Status der eigenverantwortlichen Profession aber befördern im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe. Gerade im Bereich des Arztberufes sehen wir durch Delegation und Substitution großes Potenzial, die Gesundheitsversorgung aller Menschen nicht nur weiterhin zu gewährleisten, sondern auch zu verbessern. Multiprofessionalität kann dazu beitragen, den Herausforderungen der Demographie angemessen zu begegnen. Gleichzeitig können multiprofessionelle Teams Qualität bereichern, indem interdisziplinäre Sichtweisen, Methodiken und Praxen sich ergänzen. Konkret können etwa Formen des Direktzugangs, Verkammerung der Berufe in diesem Bereich und eine weitere Akademisierung zu echter Multiprofessionalität beitragen. Dann tragen Delegation und Substitution zu einer gegenseitigen Schärfung der je eigenen Professionalität bei und unterwandern gerade nicht Qualitätsstandards. Gleichzeitig erweitert es Karrieremöglichkeiten in den Gesundheits- und Pflegebereichen und steigert damit die Attraktivität dieser Berufe was wiederum der Fachkräftegewinnung zu Gute kommt.

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufsständischen Versorgungswerke als eigenständige und bewährte Alterssicherungssysteme der freien Berufe zu erhalten und vor strukturellen Eingriffen zu schützen?*

**X Ja**  Nein

Die berufsständischen Versorgungswerke haben sich bewährt und erfüllen eine wichtige Funktion, weshalb wir ihren Fortbestand grundsätzlich unterstützen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Altersvorsorge insgesamt gerechter und umfassender zu gestalten, insbesondere durch eine stärkere Einbeziehung bislang nicht abgesicherter Selbständiger. Reformen können daher notwendig sein, um langfristig zu mehr Einheitlichkeit und Solidarität im System zu kommen.

**4. Planbare und verlässliche Regulierung**

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass neue landesrechtliche Regelungen mit Auswirkungen auf freiberuflich Tätige strategisch, planbar und mit ausreichenden Übergangsfristen, Pilotierungen und Evaluationen eingeführt werden, um verlässliche Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit zu gewährleisten?*

**X Ja**  Nein

Gute Gesetzgebung muss darauf abzielen, praxistauglich, transparent und verlässlich zu sein. Neue Regelungen sollen frühzeitig angekündigt, klar begründet und mit Anhörung der Betroffenen eingeführt werden.

**5. Faire wirtschaftliche Rahmenbedingungen für freie Berufe**

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, Förderprogramme des Landes für freiberuflich Tätige transparent, planbar und besser zugänglich zu gestalten, insbesondere für kleine und mittlere freiberufliche Unternehmen?*

**X Ja**  Nein

Förderprogramme müssen grundsätzlich diskriminierungsfrei allen möglichen Auftragnehmenden offenstehen. Die überfällige Fördermitteldatenbank des Landes soll alle Förderprogramme des Landes enthalten. Damit soll einerseits gebündelt über Fördermöglichkeiten informiert, wie andererseits auch Doppelförderungen vermieden werden.

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, freiberuflich Tätige bei steigenden Energie- und Betriebskosten gezielt zu entlasten, insbesondere in Bereichen mit hoher gesellschaftlicher Versorgungsrelevanz?*

Ja  **Nein**

Eine pauschale Entlastung über finanzielle Maßnahmen sehen wir nicht als zielführend an. Stattdessen setzen wir auf nachhaltige strukturelle Lösungen, um Kosten langfristig zu senken und Planungssicherheit zu schaffen. Dazu gehören insbesondere der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien vor Ort, mehr Energieeffizienz sowie stabile und faire Energiepreise. So stärken wir die wirtschaftliche Resilienz freiberuflicher Tätigkeiten und reduzieren Abhängigkeiten von fossilen Energien, anstatt kurzfristig teure Entlastungen in den Vordergrund zu stellen.

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber stärker an Qualität, Qualifikation und fachlicher Leistung ausgerichtet werden und nicht vorrangig am niedrigsten Preis?*

**Ja**  Nein

Das Vergabegesetz im Land mit gesetzlichen Vorschriften für öffentliche Auftraggeber, soll bei der Auftragsvergabe neben auftragsspezifischen auch sogenannte vergabefremde Kriterien berücksichtigen können. Es geht nicht um die Erzeugung zusätzlicher Bürokratie, sondern darum, dass die öffentliche Hand, für ihren ganz eigenen Bereich Standards setzen kann.

**6. Stärkung der Standortfaktoren für freie Berufe**

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, zentrale Standortfaktoren wie digitale Infrastruktur (insbesondere Breitbandausbau im ländlichen Raum), Mobilität und Kinderbetreuung gezielt zu stärken sowie moderne Arbeits- und Innovationsräume für freiberuflich Tätige zu fördern, um die Ansiedlung und Tätigkeit freier Berufe in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu sichern?*

**Ja**  Nein

Wir setzen uns für die gezielte Stärkung zentraler Standortfaktoren ein, insbesondere für den flächendeckenden Ausbau digitaler Glasfaserinfrastruktur, guter Mobilitätsangebote und eine verlässliche Kinderbetreuung, gerade auch im ländlichen Raum.

**7. Stärkung des Bildungsniveaus und Sichtbarkeit freier Berufe in Schule und Hochschule**

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, freie Berufe verbindlich und sichtbar in der schulischen Berufsorientierung zu verankern, insbesondere durch die Aufnahme in Lehrpläne, praxisnahe*

*Formate (z.B. Kooperationen mit Praxen und Büros) und eine stärkere Berücksichtigung selbstständiger Berufsperspektiven?*

**X Ja**  Nein

Wir sind dafür, dass an allen weiterführenden Schulformen sowohl eine Berufs- wie auch Studienorientierung stattfindet, von der Förderschule über die Sekundarschule bis zum Gymnasium.

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, die schulischen Rahmenbedingungen insgesamt zu stärken, insbesondere durch bessere Ausstattung, ausreichendes Lehrpersonal, verlässliche Unterrichtsversorgung sowie Maßnahmen zur Sicherstellung von Schulabschlüssen?*

**X Ja**  Nein

Die Mangelsituation im Bildungssystem ist eine der größten Herausforderungen, die sich Sachsen-Anhalt (und der gesamten Bundesrepublik) stellen. Diese zu beheben, muss höchste Priorität in der Bildungspolitik haben.

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass an den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt freiberufliche Selbstständigkeit stärker als eigenständige berufliche Perspektive vermittelt wird, insbesondere durch praxisnahe Angebote zur selbstständigen Berufsausübung?*

**X Ja**  Nein

Wir wollen insbesondere die Gründung von z.B. Start Ups aus den Universitäten und Hochschulen fördern. Studierende sollen dabei unterstützt werden, ihre Ideen in Sachsen-Anhalt umsetzen zu können.

## **8. Datenschutz und IT-Sicherheit**

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Anforderungen an Datenschutz und IT-Sicherheit für freiberuflich Tätige risikobasiert, rechtssicher und praxistauglich ausgestaltet werden und klare Zuständigkeiten zwischen Staat, Institutionen und Anwendern bestehen?*

**X Ja**  Nein

Wir setzen auf robuste Datenschutz- und IT-Sicherheitsstandards, die zugleich praktikabel und verhältnismäßig sind. Anforderungen müssen sich am realen Risiko orientieren und insbesondere auch für kleine und mittlere Strukturen handhabbar sein. Wichtig sind klare Zuständigkeiten und verständliche Regelungen. Durch einheitliche Standards, Beratung und praxistaugliche Leitlinien wollen wir die Umsetzung erleichtern und gleichzeitig Vertrauen in digitale Prozesse stärken.

## **Anhang – Spezifische Anliegen der Anwaltschaft**

### **1. Effizienz der Justizverfahren**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, die Dauer von Zivil-, Straf- und Verwaltungsverfahren in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu verkürzen, ohne rechtsstaatliche Verfahrensgarantien einzuschränken?*

**x Ja**  Nein

Ja, das Funktionieren des Rechtsstaats bemisst sich insbesondere auch an angemessen kurzen Verfahrensdauern. Die Prozessordnungen bieten bereits vielfältige Instrumente zur Verfahrensverkürzung an, deren jeweilige Anwendung in der Praxis jedoch unter dem Ziel guter Rechtsprechung immer nur in begrenzten Fällen möglich und sinnvoll ist. Um die Qualität der gerichtlichen Verfahren zu sichern, ist daher insbesondere eine personelle und finanzielle Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften und eine weitsichtige, letztlich volldigitale Organisation vonnöten.

### **2. Angemessene Vergütung anwaltlicher Leistungen**

#### **Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, die gesetzliche Anwaltsvergütung regelmäßig und angemessen weiterzuentwickeln sowie die Vergütung in Beratungshilfe- und Prozesskostenhilfemandaten auskömmlich auszugestalten und die entsprechenden Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen?*

**X Ja**  Nein

Ja. Wir treten für eine regelmäßige Anpassung der Gebührensätze ein. Ein Rechtsschutz, der allen offensteht, braucht niedrighschwellige Zugänge zur Justiz, unabhängig vom Einkommen und Kenntnissen über unser Justizsystem. Eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat gezeigt, dass die gezahlten Beratungshilfekosten in Sachsen-Anhalt seit dem Jahr 2015 von 2.201.758 auf 971.890 Euro im Jahr 2022 gesunken sind. Daher bedarf das System der Beratungshilfekosten und Prozesskostenhilfe einer weitergehenden Analyse, um es an heutige Bedarfe anpassen zu können. Diese muss sowohl die Beschleunigung und Vereinfachung der Beantragungs- und Abrechnungsverfahren, die Höhe der Vergütungs- und Verrechnungsmöglichkeiten als auch mögliche Verbesserungen bei Digitalisierung und KI-Unterstützung sowie bei der Einrichtung anwaltlicher Beratungsstellen bei den Gerichten berücksichtigen.

### **3. Abgrenzung anwaltlicher und nichtanwaltlicher Rechtsdienstleistungen**

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufsrechtlichen Standards, Haftungsregeln und den Verbraucherschutz im Bereich von Rechtsdienstleistungen zu sichern und eine Ausweitung nichtanwaltlicher Rechtsdienstleistungen so zu gestalten, dass diese Standards nicht unterlaufen werden?*

**x Ja**  Nein

Ja, wir sind sowohl für einen verbraucherfreundlichen Zugang zum Recht durch nichtanwaltliche Dienstleister, als auch für die Stärkung der Anwaltschaft als Organ der Rechtspflege und brauchen daher einen Rechtsrahmen, der einen fairen Wettbewerb ermöglicht.

### **4. Gerichtsstandorte und Zugang zur Justiz**

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, Gerichtsstandorte in Sachsen-Anhalt – insbesondere im ländlichen Raum – zu erhalten und zu stärken, um einen verlässlichen Zugang zur Justiz sicherzustellen?*

**x Ja**  Nein

Ja. Der Zugang zur Justiz ist ein wichtiger Grundpfeiler für das Vertrauen in den Staat. Deshalb setzen wir uns für eine wohnortnahe Justizinfrastruktur in Sachsen-Anhalt ein. Dazu gehört für uns, Gerichtsstandorte und Notariate im ländlichen Raum zu erhalten und zu stärken. Das klare Bekenntnis zu den Standorten ermöglicht es auch Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, eine klare Perspektive für Ihren Kanzleistandort aufzuzeigen und so eine breite Rechtsberatung in der Fläche zu sichern.

Denn Rechtsstaatlichkeit muss für alle Menschen verlässlich erreichbar sein – unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben. Dafür war die Anhebung des Streitwerts als Schwelle zu den Landgerichten ein wichtiger erster Schritt. Es bedarf aber einer bedarfsgerechten personellen Ausstattung der Gerichte und insbesondere für die ländlichen Standorten eine attraktive Ausbildungs- und Personalpolitik, um Fachkräfte für die Justiz in Sachsen-Anhalt zu gewinnen und zu halten.

Zugleich wollen wir die Justiz modernisieren: Digitale Angebote und funktionierende digitale Gerichtsverhandlungen können Verfahren erleichtern und Wege verkürzen. Sie dürfen den Zugang vor Ort aber nicht ersetzen, sondern sollen ihn sinnvoll ergänzen. Wir wollen den Austausch zwischen Studierenden, Referendarinnen und Referendaren sowie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten in Sachsen-Anhalt stärken und Nachwuchsprogramme unterstützen, um unseren Rechtsstaat in Sachsen-Anhalt langfristig zu sichern.

## **Anhang – Spezifische Anliegen der Tierärzteschaft**

### **1. Tierärztliche Versorgung im ländlichen Raum**

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, die tierärztliche Versorgung – insbesondere im Nutztierbereich und im ländlichen Raum – durch gezielte Förderprogramme, Niederlassungsanreize, Maßnahmen zur Entlastung von Bürokratie sowie verbesserte Rahmenbedingungen nachhaltig zu sichern?*

**x Ja**  Nein

Eine gute stabile tierärztliche Infrastruktur erachten wir als Bündnis 90/ Die Grünen als essentiell für Tiergesundheit. Der Schutz der Tiere hat Verfassungsrang und verpflichtet uns dazu, Tiere als Mitgeschöpfe zu schützen und Leid zu verhindern. Das ist nur möglich, mit einer guten tierärztlichen Infrastruktur. Vor allem im Nutztierbereich wollen wir die Prüfroutinen effizienter machen, indem ein verstärkter Fokus auf äußerlich sichtbare Schmerzen und erfolgt. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass in Anlehnung an die Tiergesundheitsbesuche (Tierseuchengeschehen) regelmäßige Bestandsrundgänge durch die bestandsbetreuenden Tierärzt\*innen verpflichtend gemacht werden mit dem Effekt, in Summe den Prüfaufwand der betreuenden Tierärzt\*innen und der Veterinärbehörden zu reduzieren. Wir sprechen uns dafür aus, dass bei der Zulassung zum Studium die praktische Vorerfahrung im Umgang mit Tieren stärker gewichtet wird, um dauerhaft Veterinärmediziner\*innen in den entsprechenden Berufsfeldern zu halten.

### **2. Stärkung des öffentlichen Veterinär- und Verbraucherschutzsystems**

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, die personelle und strukturelle Ausstattung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu stärken, insbesondere durch den Abbau von Einstellungshemmnissen, den Ausbau von Ausbildungskapazitäten sowie eine langfristig gesicherte Personalausstattung?*

**x Ja**  Nein

Wir sehen vor allem in der Anerkennung der Fachassistenten in der Tierhaltung zur Unterstützung tierschutzrechtlicher Kontrollen eine Möglichkeit zur Entlastung von Tierärztinnen und Tierärzten. Wir befürworten sowohl den Ausbau von Ausbildungskapazitäten in Sachsen-Anhalt als auch die vereinfachte Anerkennung von Abschlüssen aus anderen Bundesländern.

### **3. Tierschutz bei Tiertransporten**

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierschutz bei Tiertransporten wirksam zu stärken und insbesondere Regelungen für Langstreckentransporte so weiterzuentwickeln, dass*

*Tierschutzstandards überprüfbar eingehalten werden und tierschutzwidrige Transporte wirksam verhindert werden?*

Ja  Nein

Tiertransporte in Drittstaaten sind mit großen Leiden für die Tiere verbunden. Vor allem Langstreckentransporte erregen immer wieder durch Tierskandale Aufmerksamkeit. Zudem sind aktuell auch Umgehungen zu beobachten, also Tiertransporte in Drittstaaten über andere EU-Länder, wie Ungarn oder Belgien. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich deshalb dafür ein, dass Tiertransporte innerhalb der EU deutlich verkürzt werden, auf maximal 4h. Bei längeren Strecken müssen die Tiere das Transportfahrzeug zum Ruhen, Trinken und Fressen verlassen. Langstreckentransporte in Länder außerhalb der EU sollen verboten werden. Wir setzen uns für Verbesserungen im Bundestierschutzgesetz ein.

#### **4. Katzenschutzverordnung in Sachsen-Anhalt**

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, eine landesweit einheitliche Katzenschutzverordnung in Sachsen-Anhalt einzuführen, um die Population freilebender Katzen nachhaltig zu regulieren und Tierleid nachhaltig zu reduzieren?*

Ja  Nein

Wir sehen in dem Gesetz zur Übertragung der Ermächtigung zur Festlegung von bestimmten Gebieten zum Schutz freilebender Katzen vom 27. November 2019 einen ersten guten Schritt, mit dem die Kommunen ein Instrument haben, Streunerkatzen besser vor Tierleid zu schützen, indem Besitzerkatzen bei Auslauf kastriert werden müssen. Havelberg hat davon Gebrauch gemacht. Voraussetzung für die Ausweisung von Katzenschutzgebieten ist die Feststellung, dass Schmerzen, Leiden und Schäden aufgrund einer zu hohen Katzenpopulation vorliegen und die Maßnahmen wie die Kastration von freilaufenden Besitzerkatzen geeignet sind, das Tierleid zu vermindern. Bei einer landesweiten Katzenschutzverordnung könnten diese Feststellungen landesweit nicht getroffen werden. Obwohl eine solche Verordnung prinzipiell eine sinnvolle Möglichkeit wäre, um Leid von freilebenden bzw. besitzlosen Katzen zu lindern. Allgemeine Voraussetzungen für behördliches Handeln ist die Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit. Deshalb muss der Einzelfall betrachtet werden und das kann nicht für das gesamte Bundesland gelten.

Wir setzen uns weiterhin für eine verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung ein.

#### **5. Weiterentwicklung des Hundegesetzes und verantwortungsvolle Hundehaltung**

**Frage:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, das Hundegesetz Sachsen-Anhalt weiterzuentwickeln, insbesondere im Hinblick auf Bürokratieabbau (z.B. Meldepflicht durch den Tierarzt), eine wissenschaftlich fundierte Gefährlichkeitsbewertung sowie Maßnahmen zur Förderung verantwortungsvoller Hundehaltung (z.B. Sachkundenachweise)?*

Ja  Nein


Wir setzen uns dafür ein, das Hundegesetz in Sachsen-Anhalt weiterzuentwickeln, ohne den Tierschutz zu schwächen. Eine Vereinfachung von Meldepflichten – etwa durch bessere digitale Lösungen prüfen wir daher konstruktiv.

Wir befürworten eine wissenschaftlich fundierte Gefährlichkeitsbewertung, die sich am individuellen Verhalten eines Hundes orientiert und lehnen pauschale Rasselisten ab.

Zudem wollen wir eine verantwortungsvolle Hundehaltung fördern und sehen einen Sachkundenachweis als eine gute Möglichkeit, um artgerechte Bedürfnisse der Tiere und dessen Wohlergehen in der private Tierhaltung zu gewährleisten.

Wir hoffen, Ihnen und Ihren Mitgliedern mit diesen Antworten weitergeholfen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

  
Susan Sziborra-Seidlitz  
Landesvorsitzende

  
Dennis Helmich  
Landesvorsitzender